



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/16

19. Januar 1960

## Sollen Bauern auswandern?

- dt. Während der amerikanische Hohe Kommissar McCloy vor kurzem erklärte, dass eine Lösung des Flüchtlingsproblems durch Auswanderung nicht zu erwarten sei, hat sein Landsmann Walter, Vorsitzender des Kongress-Unterausschusses für Einwanderungsfragen, dem Aussenpolitischen Ausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses einen Plan vorgelegt, demzufolge eine Million deutscher Flüchtlingsbauern in den "unentwickelten Gebieten" des Truman-Plans angesiedelt werden soll. Es ist zu verstehen, dass dieser Plan in vielen verzweifelten Herzen neue und wie die Dinge liegen, wahrscheinlich falsche Hoffnungen geweckt hat.

Auf keinem Gebiet wird es so schwer sein, die Flüchtlinge wieder in ihren ursprünglichen Beruf, also vollwertig einzugliedern, wie auf dem der Landwirtschaft. Während der industriellen Entfaltung theoretisch keine Grenzen gesetzt sind, stößt jeder Plan einer Ansiedlung von Bauern auf die harte, aber unabänderliche Tatsache, dass die Bodenfläche Westdeutschlands nicht ausreicht, um jeden Bauern wieder auf eigenen Grund und Boden zu setzen. Dr. Lukaschek hat, bevor er Bundesflüchtlingsminister wurde, dieses Problem in Zahlen gefasst; soweit man solche Fragen überhaupt in Zahlen darstellen kann, bestätigen sie das hoffnungslose Verhältnis zwischen Bodenarmut und Bodenanwärttern. Dr. Lukaschek schätzt, dass 2,1 Millionen aller Ostvertriebenen einst in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren, davon bildeten 250.000 Familien mit zusammen rund 750.000 Angehörigen selbstständige Bauernwirtschaften, die anderen waren Landarbeiter oder Landwerker. Aus den verschiedenen Bodenreformen, Kultivierungen, Siedlungsgesetzen, Verpachtungen und Reagrarisierungen dürften in Westdeutschland insgesamt 730.000 ha Ackerboden anfallen, die den Ansatz von rund 100.000 Familien (300.000 Personen), vom Gärtner bis zum Vollbauern (63.000), bei einem Kapitalbedarf von 2,7 Milliarden erlauben.

Von Fachkreisen wird die Zahl der möglichen Neustellen höher als

mit 100.000 eingeschätzt, allerdings unter der Voraussetzung, dass die heutigen Bodenreformgesetze etwas zweckmässiger gestaltet würden.

Jedoch auch diese Schätzungen stehen in keinem Verhältnis zur Zahl der wartenden Bauern. Dazu kommt, dass der Lukaschek-Plan etwa zehn

Jahre beanspruchen wird. Zur Illustration: in den vergangenen vier Jahren wurde etwa ein Prozent aller deklassierten Bauern wieder ord-

nungsgemäss untergebracht. Das bedeutet, dass die Flüchtlingsbauern zum Teil mit einer langen, zum grösseren Teil sogar mit einer ergeb-

nislosen Wartezeit rechnen müssen. Gewiss kann aufgrund der nach der Währungsreform wieder bemerkbaren Landflucht noch einiges geschehen.

Ferner bietet die so notwendige, gerade jetzt stark diskutierte Intensivierung der Landwirtschaft weitere Möglichkeiten, Aber das kann

nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle Bemühungen auf eine erträgliche Lösung des Problems am Bodenmangel scheitern müssen.

Die Frage, was mit den nicht ansetzbaren Bauern und Landerbeitern geschehen soll, ist mit dieser Erkenntnis allein nicht aus der Welt

geschafft. Es gibt daher für die überwiegende Mehrheit dieser Menschen nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist in einer Umschulung auf andere

Berufe zu suchen, sie kann aber nur, besonders bei den einmal selbständig gewesenen Bauern, die jüngeren Menschen umfassen; das Gros wird

immer mit der zweiten Möglichkeit, der Auswanderung, rechnen müssen. Darum wird man hier die stärksten Einwände, die man sonst einer or-

ganisierten Auswanderung entgegensetzt - Export von lebenskräftigen Jahrgängen, Vergreisung des Volkes - ausschalten und im Gegenteil

alles tun müssen, um diesen Bauern zu ermöglichen, wenigstens im Ausland wieder auf eigener Scholle ackern zu können.

Freilich hat auch die Auswanderung von überzähligen Bauern eine politische Seite. Der Anspruch auf die deutschen Ostgebiete kann und

darf nicht aufgegeben werden. Er wird umso härter verfochten werden, je mehr Bauern nach der alten Heimat verlangen und Deutschland würde

diese Gebiete zum zweiten Mal, aber diesmal aus eigener Schuld verlieren, wenn es im gegebenen Augenblick nicht die Menschen hätte,

die vom wiedererrungenen Boden Besitz ergreifen sollen. Zu diesen Gebieten zählt das Sudetenland und alles Land ostwärts von Oder und

Neisse. Es gibt aber unter den Ostvertriebenen einen bestimmten Teil, der nicht mehr mit der Rückkehr in die frühere Heimat rechnen kann:

die Südostdeutschen. Es lässt sich, wenn man Realist bleiben will, keine politische Konstellation denken, die diese Menschen in ihre

frühere Heimat zurückbringt. Gerade die Südostdeutschen - es sind

rund 300.000 in Deutschland und 150.000 in Österreich - sind überwiegend bäuerlichen Ursprungs. Sie befinden sich heute ausserdem zumeist in Süddeutschland, das mit seiner kleinbäuerlichen Struktur ohnedies keine grossen Ansetzmöglichkeiten bietet. Es sind Menschen, die gewohnt sind, in fremder Umgebung zu leben, Menschen mit kolonisatorischer Tradition und einem in Leid und Freud geprüften Gemeinschaftsbewusstsein.

An diese Menschen müsste man in erster Linie denken und um ihr-zwillen müsste man dem Amerikaner Walter Dankbar sein, wenn es gelingt, seinen grosszügigen Plan wenigstens teilweise durchzuführen. Freilich wäre eine solche Umsiedlung grösseren Massstabs nur mit Hilfe des Marshallplans möglich. Ausserdem könnte eine solche Aktion nur in Form von Staatsverträgen vor sich gehen, im Interesse der Menschen, die davon betroffen werden, und im Interesse der Sache selbst. Es wäre eine grosse Aufgabe und ihre Durchführung würde beweisen, dass die Menschheit ihre Anstrengung nicht nur zu Zwecken der Zerstörung koordinieren kann, sondern auch zu friedlichen Zielen.

\*\*\*

Der Verfasser hat 1946/47  
in Aegypten gelebt. D.Red.

Mustafa el Nahas Pascha

-----  
Aegypten am Scheideweg

F.K. London, im Januar

Wie die Katze im Sprichwort, so scheint auch der neue aegyptische Ministerpräsident ein überaus zähes Leben zu haben - physisch und politisch: Nicht weniger als sechs Attentate hat der jetzt 73-jährige heil und gesund überstanden; und die letzten fünf Jahre hat er politisch in der Wüste verbracht, um nun zum fünften Mal Ministerpräsident zu werden und von neuem im Scheinwerferlicht der Politik zu stehen.

Die von Nahas Pascha geleitete Wafd-Partei - zu deutsch etwa "Partei der Volksvertretung" - ist die einzige politische Gruppierung in Aegypten, die einigermaßen dem europäischen Begriff "Partei" entspricht, die so etwas wie ein politisches Programm und eine politische Tradition hat. Sie bildete sich nach dem Ende des ersten Weltkrieges um die Person Saad Zaghlul Paschas, der damals mit aller Schärfe gegen die Herrschaft der Engländer auftrat und unter Berufung auf Präsident Wilsons 14 Punkte und das Selbstbestimmungsrecht die Unabhängigkeit Aegyptens forderte. Dass eine so entstandene Partei

nationalistische Tendenzen haben muss, liegt auf der Hand.

Ein recht engstirniger Nationalismus aber ist allen Parteien des Landes gemeinsam, und das für die Öffentlichkeit bestimmte politische Programm ist bei allen Parteien das gleiche: Abzug der britischen Truppen, Revision des anglo-ägyptischen Abkommens von 1936, Einverleibung des Sudan, Anti-Kommunismus, Anti-Semitismus. Und im Verlauf der Wahlkampagne suchte jede Partei nachzuweisen, dass alle anderen Parteien nicht nur korrumpiert seien, sondern es auch mit der Verfolgung der politischen Ziele nicht aufrichtig meinten. So verwendete die rechtsradikale Zeitung "Akhbar el Yom" viel Zeit und Raum auf den Versuch, nachzuweisen, dass auch Nahas Pasha eine Marionette der Engländer sei: Er habe schliesslich 1936 mit den Engländern den Vertrag abgeschlossen, der seit Jahren Ziel heftigster Angriffe aller Parteien Ägyptens ist - die WAFD-Partei nicht ausgenommen. Und seine vierte Ministerpräsidentschaft von 1942 bis 1944 kam teilweise unter dem Druck zustande, den die Engländer damals auf König Faruk ausübten, der sich ursprünglich weigerte, Nahas Pasha zu bestellen, obgleich seine Partei als die stärkste aus den Wahlen hervorgegangen war.

Auf der anderen Seite wird die WAFD-Partei von ihren Gegnern oft auch der Abhängigkeit von Moskau beschuldigt. Diese Beschuldigungen sind vielleicht auf die Tatsache zurückzuführen, dass WAFD eine Partei der Kleinbauern, der kleinen Geschäftsleute und des unteren Mittelstandes ist und für milde Sozialreformen eintritt. Eine der ersten Massnahmen Nahas Pashas, nachdem er im Februar 1942 Ministerpräsident geworden war, bestand in einer hundertprozentigen Lohnerhöhung für alle Arbeiter in Regierungs- und anderen öffentlichen Stellen. Auch setzte er den Mindestlohn eines Fellachen auf fünf Piaster im Tag fest, ein Betrag, der allerdings auch damals immer noch erschreckend niedrig war und heute einer Kaufkraft von ungefähr einer deutschen Mark entspricht.

Die Beziehungen zwischen König Faruk und Nahas Pasha sind nie besonders gut gewesen. Vor zwei Jahren erzählte man sich in Kairo, dass der WAFD-Führer eine Verbesserung seiner Beziehungen zum König anstrebe, weil er voraussehe, dass er in absehbarer Zeit wieder zu hohem Amte berufen werde. Mag sein, dass er damit Erfolg hatte; dennoch haben knapp vor den Wahlen verantwortungsbewusste Beobachter der Meinung Ausdruck gegeben, dass ein Sieg der WAFD-Partei unter Umständen sogar die Frage der Dynastie auf die Tagesordnung stellen könne.

Die Kluft zwischen König und Minister dürfte dann auch nicht einzig und allein auf die so oft als ihre Ursache bezeichnete persönliche Abneigung zurückzuführen sein. Wohl auch nicht auf die Tatsache, dass der jetzt etwa 30-jährige Herrscher, der im Volk vielfach als "der Türke" oder "der Albaner" bezeichnet wird, nicht aus ägyptischem Blute stammt und daher trotz all seiner eifrigen Bemühungen nicht zum Brennpunkt der nationalistischen Bestrebungen Ägyptens geworden ist. Der König ist überaus eigenwillig, ist ein Autokrat, der auf seine feudalen Vorrechte nicht verzichten und seine Macht nicht mit einem Politiker teilen will, der sozial-reformistische Neigungen hat.

Allerdings, Nohas Pascha neigt zu Sozialreformen vielleicht nur aus Gründen der Opportunität, und nicht aus innerer Überzeugung. Aber er hat die Not des ägyptischen Volkes auch an eigenen Leibe zu spüren bekommen, denn wie sein Vorgänger Zaghlul Pascha stammt er von armen Kleinbauern ab. Unter grossen Opfern konnte er ausstudieren, wurde Bezirksrichter und wandte sich schliesslich der Politik zu. Nach dem Tode Zaghluls im Jahre 1927 wurde er Obmann der WAFD-Partei und im Jahr darauf zum ersten Mal Ministerpräsident.

\*\*\*

#### Der Fall des "Dr." Schwarz

---

sp. Kürzlich hat die in Gessen erscheinende Wochenschrift der "Vatgemeinschaft parteifreier Deutscher", "Der Fortschritt" - der Name ist nicht gerade charakteristisch für ihren Inhalt - in einem langen Artikel der SPD den Fall eines politischen Kochstaplers namens Karl Schwarz anhängen wollen, der in Nordrhein-Westfalen entlarvt worden ist. Andere Zeitungen, darunter die "Mannoversche Allgemeine Zeitung", haben die Behauptungen in ihrem Kern übernommen. Richtig sind sie dadurch nicht geworden. Was ist geschehen? Im Jahre 1945 stellte sich beim Hüsselderfer Oberpräsidenten Dr. Lehr (CDU) ein aus Berlin stammender "Doktor" Karl Schwarz vor und bewarb sich unter Vorlage auch einer notariell beglaubigten Abschrift einer Bescheinigung der Berliner VVN, aus der hervorging, dass Schwarz aus politischen Gründen im Konzentrationslager gesessen habe. Schwarz wurde eingestellt und später vom Sozialministerium (Leitung von Dr. Amelungen (Zentrum) übernommen, wo er sich besten Ansehens erfreute und wegen seiner besonderen juristischen Fähigkeiten schliesslich zum Ministerialrat befördert wurde. Schwarz wurde auch Vorsitzender einer Entnazifizierungskommission, deren Aufgabe die politische Überprüfung

der in den Ministerien angestellten Beamten war.

Das war der Anlass für einen der betroffenen Beamten aus dem Sozialministerium, sich gründlich um die Aufklärung der Vergangenheit des unbeliebten Herrn Schwarz zu bemühen. Sie führten zu der Feststellung, dass Schwarz den Dokortitel zu Unrecht trug. Die erste Meldung an den Sozialminister wurde nicht beachtet, weil man sie für eine Verleumdung hielt, schliesslich wurde jedoch vor zwei Monaten eine Untersuchungskommission eingesetzt, die den Inhalt der Meldung nicht nur bestätigte, sondern darüber hinaus feststellte, dass Schwarz 1934 und 1941 dreimal mit Gefängnis und einmal mit Zuchthaus bestraft worden war, und zwar wegen Urkundenfälschung, Betrug, Untreue und Unterschlagung. Er wurde darauf sofort entlassen, ohne weitere Ansprüche an den Staat zu haben.

"Der Fortschritt" forderte daraufhin die sofortige Beurlaubung des Sozialministers, Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses und Annullierung der Entnazifizierungsentscheide, die unter Schwarz' Vorsitz zustandegekommen sind. Die demokratische Besorgtheit ausgerechnet dieses Blattes ist recht wenig überzeugend, ganz offensichtlich kommt es ihm nur auf den Versuch an, die SPD zu diffamieren, was sich aus mehreren Stellen dieses Artikels klar ergibt. Wenn Schwarz Mitglied der SPD gewesen ist, dann erlag die Partei der gleichen Täuschung wie massgebendste Politiker bürgerlicher Parteien und Dr. Walter Gensel, der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, hat auch nach seiner Zuständigkeit mit dieser Angelegenheit vollends nichts zu tun. Schwarz ist, wie gesagt, von Dr. Lehr eingestellt und von Dr. Amelunxen befördert worden, denen ebensowenig ein ernster Vorwurf gemacht werden kann, denn damals, in der ersten Nachkriegszeit, als es überall an Kräften fehlte, hat sich manche dunkle Existenz, die einfach zunächst nicht zu durchleuchten war, zur Verfügung gestellt. Daraus heute politisches Kapital schlagen zu wollen, zeugt für keine saubere politische Gesinnung bei dem, der diesen Versuch unternimmt.

\*\*\*

#### Jungsozialisten gehen voran.

sp. Ostern 1950 wird in Deutschland eine erste Studienwoche der Regionalen Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Jugend- und Studentenorganisationen Westeuropas stattfinden. Die Gründung dieser Gemeinschaft erfolgte auf einem Treffen in Grenoble (Frankreich) in den letzten Tagen des vergangenen Jahres zwischen französischen, belgischen und deutschen sozialistischen Jugend- und Studentenorganisationen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, eine wirksame und anhalten-

de Verständigung zwischen Deutschland und seinen Nachbarn einzuleiten. Da ein sozialistisches und einiges Europa nicht möglich ist ohne das gegenseitige Verstehen und Kennenlernen, wobei insbesondere das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland entscheidend ist, sind die jungen Sozialisten der drei beteiligten Länder darin übereingekommen, in ihrem Arbeitsbereich eine erste Anstrengung auf dieses Ziel zu machen.

Zum Leiter dieser Regionalen Arbeitsgemeinschaft wurde der Vorsitzende des sozialistischen Deutschen Studentenbundes, John Niegler, Köln gewählt. Damit wollten die belgischen und französischen jungen Sozialisten zum Ausdruck bringen, dass sie zu ihren deutschen Freunden volles Vertrauen haben und sie als vollkommen gleichberechtigt ansehen.

Die Regionale Arbeitsgemeinschaft hat sich als erste Aufgabe Untersuchungen über die Lage der studierenden und arbeitenden Jugend gestellt. Dazu sollen die beteiligten Organisationen ihre Ziele und Verbesserungsvorschläge bekanntmachen, um so gemeinsame Aktionen vorzubereiten. Insbesondere soll der Stand der Ausbildung in den drei Ländern und die Feriengesetzgebung für die arbeitende Jugend miteinander verglichen werden.

\*\*\*

#### Tschechische Angst vor dem sudetendeutschen Weissbuch

---

sp. Aufmerksam verfolgt die tschechische Presse das Bemühen der Heimatvertriebenen in Westdeutschland bei der Geltendmachung ihrer berechtigten Interessen. Übereinstimmend wird jede derartige Bewegung als Neofaschismus abgetan. Auch der tschechische Rundfunk lässt keine Gelegenheit vorüber, die Tätigkeit der verschiedenen Organisationen der Heimatvertriebenen als Wühlarbeit gegen die CSR zu erklären, um daran - wie es dieser Tage der Fall war - die beruhigende Versicherung zu knüpfen, die durch die Genialität Stalins geschaffene "Deutsche Demokratische Republik" sei für die Tschechen der Garant dafür, dass auch das übrige Deutschland "demokratisch" werde.

Offensichtlich verlegen erwarten die Tschechen das von der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen angekündigte Weissbuch, das in verschiedenen Weltsprachen ausgegeben werden soll. Das "Svobodne Slovo" zum Beispiel erklärt diese Aktion einfach als "eine gegen die CSR gerichtete Hetzkampagne unter dem Protektorat der Westmächte" und vermerkt hierzu, dass dieses Weissbuch die Grausamkeiten verzeichnen soll, welche die Tschechen beim "Abschub" der Sudetendeutschen diesen "angeblich" zugefügt hätten.

(b/B81/191/2/hs)

\*\*\*